



# Interviews

**Datum: 17. April 2023**

**Matthias Miersch, Energie- und Klimapolitiker der SPD, im Gespräch mit Moritz Küpper**

**Moritz Küpper:** Am Telefon ist nun Matthias Miersch, Energie- und Klimapolitiker der SPD, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion. – Guten Morgen!

**Matthias Miersch:** Guten Morgen, Herr Küpper!

**Küpper:** Herr Miersch, ist der Klimaschutz seit diesem Wochenende, dem Atomausstiegswochenende, in Deutschland schwieriger geworden?

**Miersch:** Nein, überhaupt nicht. Der Ausstieg aus der Atomenergie zeigt, dass wir jetzt wirklich die Weichen nach vorne stellen können. Wir haben es erlebt, als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert hat, dass die Erneuerbaren in den Keller gegangen sind, dass Produktionskapazitäten ins Ausland verlagert worden sind. Jetzt ist klar, es gibt nur eine Alternative, und das ist der maximale Ausbau der erneuerbaren Energien. Insofern, glaube ich, ist das ein richtiges und wichtiges Signal.

**Küpper:** Aber Markus Söder, der bayerische Ministerpräsident will abgeschaltete Meiler nun in Eigenregie weiterbetreiben. Wir haben es gehört. Und er bekommt darauf ein ziemlich großes Echo. Warum?

**Miersch:** Markus Söder ist ein Populist, der seinesgleichen sucht. Er hat nach Fukushima seinen Rücktritt angekündigt für den Fall, dass die Merkel-Regierung aus der Atomtechnologie nicht aussteigt. Und jetzt, ein bisschen mehr als zehn Jahre später, hält er sein Fähnchen in den Wind. Das ist wirklich verantwortungslos, was er da tut. Er geht nach Stimmungen. Nur Energiepolitik kann ich nicht mit Stimmungen machen, sondern ich muss Planungssicherheit schaffen, und das machen wir jetzt. Wir brauchen Atomkraft nicht, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Insofern ist das verantwortungslos, was er da tut, und er wird mit seinem Vorhaben garantiert keinen Erfolg haben.

**Küpper:** Dennoch: Auch Boris Rhein, der hessische Ministerpräsident von der CDU, sagte in der FAZ, wir werden den Atomausstieg noch bitter bereuen. In beiden Ländern stehen im Oktober Wahlen an. Fürchten Sie nicht, dass die Wählerinnen und Wähler demnächst anders entscheiden?

**Miersch:** Nein! Wir werden ganz massiv natürlich argumentieren. Wir werden gucken müssen und sagen müssen, Atomkraft ist überhaupt keine nachhaltige Energieform. 30.000 Generationen nach uns hinterlassen wir Müll. Überall dort, wo gerade Atomkraftwerke geplant sind, sehen wir, es sind Investitionsruinen. Milliarden werden mit staatlichen Maßnahmen unterstützt, sonst würden diese Projekte niemals realisiert werden. Insofern, glaube ich, sind die Argumente alle auf der Seite des Atomausstiegs und diese Auseinandersetzung müssen wir als Demokraten natürlich machen. Aber wir haben gesehen, Frau Merkel hat damals nach Fukushima diese Wende gemacht. Wir hatten damals ja schon den rot-grünen Atomausstieg. Und es gibt die Atom-Lobby, die ist weiter aktiv und sie ist gegen die Erneuerbaren, und das ist eine politische Auseinandersetzung, die man sehr offensiv auch jetzt führen muss.

**Küpper:** Es wurden jetzt am Wochenende Fakten geschaffen. Aber haben Sie noch nicht gut genug überzeugt in dieser Frage? In Umfragen sehen ja auch die Mehrheit der Bundesbürger den Weiterbetrieb oder den Rückhalt von Atomkraftwerken eher positiv.

**Miersch:** Nach Fukushima waren ganz klare Mehrheiten in den Umfragen, aus der Atomkraft auszusteigen. Und es ist doch klar, in einer solchen Situation, Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, geht es um Energie. Aber wir und diese Bundesregierung, von Olaf Scholz geführt, hat ja bewiesen, dass wir die Versorgungssicherheit im letzten Jahr garantiert und sichergestellt haben, während zum Beispiel CDU/CSU noch im März ein einseitiges Gasembargo aussprechen wollten gegenüber Russland. Das hätte ein energiepolitisches Desaster bedeutet. Und insofern: Die Argumente, dass man jetzt hier wirklich Sicherheit schafft, sind eindeutig auf Seiten derjenigen, die jetzt für den Ausbau der Erneuerbaren, für die Zukunft sind.

**Küpper:** Kurzfristig bedeutet das Ende der AKW jedoch durchaus noch Kohleverstromung. Heute stellt der Klima-Expertenrat seine Bewertung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vor. Welches Zeugnis stellen Sie Deutschland in dieser Frage aus?

**Miersch:** Ich will dem Expertenrat nicht vorweggreifen, aber wir sehen, dass das Klimaschutzgesetz, was die SPD in der Großen Koalition ja durchgesetzt hat, jetzt wirkt. Wir sehen, dass schonungslos offengelegt wird, dass in bestimmten Bereichen der Klimaschutz noch nicht da ist, wo er sein müsste, und ich befürchte, dass es vor allen Dingen wieder der Verkehrssektor, aber auch der Gebäudesektor sein werden. Hier sehen wir, dass jetzt die Diskussionen beginnen. Wir sehen allerdings auch, dass wenn Klimaschutz konkret wird, es für viele Menschen auch durchaus eine riesen Herausforderung ist. Ich war in den letzten

Tagen im Wahlkreis unterwegs und wir haben vor allen Dingen die Heizungsfrage mit den Bürgerinnen und Bürgern erörtert.

**Küpper:** Haben Sie die unterschätzt, diese Heizungsfrage?

**Miersch:** Nein, überhaupt nicht. Mir war klar als einer derjenigen, die dieses Klimaschutzgesetz seit zehn Jahren versucht haben durchzusetzen, dass man abstrakt immer gut über Klimaschutzziele reden kann, 2045 klimaneutral zu werden, 2030 wie in Berlin. Aber das ist einfach. Jetzt wird es richtig kompliziert und schwierig, auch was den gesellschaftlichen Zusammenhalt angeht, weil es betrifft jetzt jeden. Hier ist die Antwort der SPD, dass man nie einseitig nur die ökologische Frage nehmen kann. Die ist wichtig und die ist unverhandelbar. Aber wir brauchen die soziale Frage. Wir dürfen die Menschen nicht überfordern, denn ansonsten ...

**Küpper:** Aber was heißt das? Das ist ja auch wieder so eine, ich sage fast schon, Floskel, wir dürfen die Menschen nicht überfordern.

**Miersch:** Nein, das ist keine Floskel. Klimaschutz funktioniert, glaube ich, nur, wenn es einen starken Staat gibt, der auch investiert, der den Menschen die Möglichkeit gibt, auch in das Neue zu investieren. Insofern ist die Förderkulisse eine ganz entscheidende bei den Heizungen. Wir dürfen die Menschen nicht überfordern. Ansonsten entsteht Ohnmacht und genau das Gegenteil von dem, weil wir dann Mehrheiten gegen Klimaschutz suggerieren, und das darf nicht passieren.

**Küpper:** Aber gibt es dafür Geld? Wir haben in dieser Sendung auch schon über den Haushalt gesprochen. Da wird ja gerungen und Geld gibt es nicht genug. Wenn Sie jetzt sagen, der Staat muss stark sein, der Staat muss fördern, dann klingt das nach vielen, vielen Milliarden.

**Miersch:** Das wird so sein und so sein müssen und insofern ist es eine Frage der politischen Auseinandersetzung. Das wird auch in der Ampel garantiert diskutiert werden müssen. Ich sage ganz klar, dass wir hier ganz deutlich auch mit Milliarden-Investitionen Menschen unterstützen müssen bei dem Umstieg. Ansonsten wird es nicht funktionieren und insofern ist es eine Auseinandersetzung, eine politische Debatte, die jetzt vor uns liegt, und die werden wir auch führen. Die Sozialdemokratie sagt immer und hat in den letzten Jahren auch immer dafür gestanden, dass wir nicht über alleine Preissignale, etc. Klimaschutz betreiben dürfen,

weil sonst diejenigen, die viel haben, sich jede Klimasünde weiter leisten können, aber die, die es nicht haben, unter Druck geraten. Das darf nicht passieren.

**Küpper:** Eine andere Gruppe sind sogenannte Klimaschützer, die für Berlin für diese Woche wieder große Proteste angekündigt haben, eine Offensive. Sie wollen die Stadt ab Mittwoch lahmlegen. Eskaliert dieser Konflikt jetzt nicht auch noch an einer anderen Seite?

**Miersch:** Ich mache mir große Sorgen. Wir sehen ja auch innerhalb der Aktivist\*innen-Bewegung, dass es große Debatten zwischen Fridays for Future beispielsweise und der Letzten Generation gibt. Ich glaube, dass man sehr genau aufpassen muss - ich habe da keine Ratschläge zu geben -, dass Aktivist\*innen nicht große Teile der Gesellschaft gegen sich aufbringen. Ich erwarte: Demonstrationen sind in einer Demokratie absolut legitim, aber es kommt sehr auf die Form an, und ich bitte darum, dass wir uns jetzt über konkrete Wege streiten. Man kann abstrakt immer über Klimaschutz reden, aber dann muss wirklich auf den Tisch, was konkret fordern Menschen und wie können wir es umsetzen, so dass die Mehrheit der Gesellschaft dort mitgeht. Das ist die zentrale Frage in diesen Tagen und Wochen.

**Küpper:** Aus der FDP haben Konstantin Kuhle und Franziska Brandmann die Letzte Generation aufgerufen, eine Partei zu gründen, sich dort der Diskussion zu stellen. Würden Sie sich dieser Forderung anschließen?

**Miersch:** Wie gesagt, ich habe da keine Ratschläge zu erteilen. Nur das, was mir Sorgen macht, ist, dass es wieder Absplitterungen etc. gibt. Wenn Frau Neubauer beispielsweise den Grünen vorwirft, sie seien zu kompromissbereit, dann ist das wieder so ein Phänomen. Wenn ich jetzt noch mal eine Bewegung Gründe, die wieder ein paar Prozente in der, sage ich mal, progressiven Szene abgräbt, heißt das, dass wir wieder eine Zersplitterung bekommen. Und am Ende, das befürchte ich, wird dann dem Anliegen nicht Rechnung getragen. Man kann in den Spiegel gucken und sagen, super, welche Forderungen ich erhoben habe, aber so funktioniert Politik nicht. Es geht darum, Dinge umzusetzen, und deswegen sage ich, lasst uns zusammenbleiben, lasst uns über die Maßnahmen streiten, aber nicht auseinanderdividieren.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*